FPÖ
Unsere Gemeinde
Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Sigmundsherberg

Ausgabe · August 2026 | 561482/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten

Liebe Mitbürger, liebe Freunde!

Am 16.07.2026 wurde das nachstehende Schreiben der Marktgemeinde Sigmundsherberg über die Plattform „Cities“ veröffentlicht und zudem postalisch an sämtliche Haushalte versendet.

Ungeachtet des aus unserer Sicht erwiesenen Umstands, dass die Parteimeinung der ÖVP bzw. des Teams Bürgermeister Franz Göd weder auf Kosten der Steuerzahler versendet noch über die ebenfalls aus öffentlichen Mitteln finanzierte „Cities“-App verbreitet werden darf, begrüßen wir die Gelegenheit, Ihnen unsere Position als FPÖ Sigmundsherberg nochmals darzulegen, als Partei an der Seite der Bürger.

1. Es war vereinbart, dass politische Parteien die „Cities“-App nicht nutzen und diese ausschließlich für relevante Informationen der Gemeinde vorbehalten bleibt. Die persönliche Meinung und Wahrnehmung des Bürgermeisters stellt keine Gemeindeinformation dar und sollte daher dort keinen Platz finden.

2. Da wir diese Vorgangsweise für unzulässig halten, haben wir gemäß § 7 Informationsfreiheitsgesetz eine detaillierte Anfrage an den Bürgermeister gerichtet. Es kann nicht sein, dass Steuergelder für die Verbreitung einer Parteimeinung verwendet werden.

Wir haben daher die Übermittlung sämtlicher relevanter Unterlagen verlangt, insbesondere Angebote, Rechnungen, Zahlungsbelege, Stückzahlen, Versand-, Druck- und Layoutkosten, Nutzungsbedingungen und Richtlinien der „Cities“-App, entsprechende Beschlüsse, Nachweise der Nutzungsberechtigung, interne Anweisungen, Veröffentlichungsnachweise sowie alle weiteren damit in Zusammenhang stehenden Informationen.

Wir erwarten innerhalb der gesetzlichen Frist von vier Wochen den Zugang zu diesen Informationen gemäß § 8 Abs. 1 Informationsfreiheitsgesetz (IFG) oder einen Bescheid gemäß § 11 Abs. 1 IFG, aus dem hervorgeht, weshalb diese Informationen nicht zugänglich sein sollten. Schließlich stellt sich die berechtigte Frage: Warum soll der Gemeindebürger dafür bezahlen?

3. Darüber hinaus haben wir bei der Abteilung IVW3 Gemeinden des Amtes der NÖ Landesregierung eine Aufsichtsbeschwerde eingebracht. Wir sind überzeugt, dass die persönliche Meinung des Bürgermeisters in einer neutralen, vom Bürger finanzierten Information der Marktgemeinde nichts zu suchen hat. Zugleich ersuchen wir um Prüfung der Rechtmäßigkeit von Druck und Verteilung auf Kosten der Marktgemeinde, der Verwendung öffentlicher Mittel sowie der Veröffentlichung über die „Cities“-App.

Auszug aus der Aussendung des Bürgermeisters:

MARKTGEMEINDE
SIGMUNDSHERBERG

Sigmundsherberg, 16.07.2026

Als Bürgermeister unserer Marktgemeinde möchte ich nach der Gemeinderatssitzung am Dienstag, 14. Juli 2026, zu konkreten Kritikpunkten der Opposition Stellung nehmen und folgendes klarstellen:

Auszug aus der Aussendung des Bürgermeisters:

PUNKT 1: Beim Projekt Gemeindezentrum werden Behauptungen aufgestellt, die einer sachlichen Betrachtung nicht standhalten. Die Aussage, es wäre ein "Alleingang-Projekt", ist schlichtweg falsch. Gerade in den letzten Monaten wurden viele intensive Gespräche mit den beiden Oppositionsparteien im Beisein von Architekt Litschauer und Vertretern der WAV geführt. Während mit der SPÖ in den wichtigen Bereichen wie Standortfrage und Kostenreduzierung klare Übereinstimmung erzielt werden konnte, kam von der FPÖ wieder einmal zu allen Punkten nur Ablehnung!

Das Projekt wird laufend an geänderte Rahmenbedingungen angepasst – genau so, wie es verantwortungsvolle Politik verlangt. Seit der ursprünglichen Planung haben sich wirtschaftliche Rahmenbedingungen massiv verändert. Darauf als Gemeinde nicht zu reagieren, wäre fahrlässig.

1. Dieses Projekt war und ist ein Alleingang des Bürgermeisters. Der Opposition wurden lediglich fertige Pläne präsentiert, mittlerweile bereits zum dritten Mal überarbeitet.

Eine echte Einbindung in die Planung des Gemeindezentrums hat zu keinem Zeitpunkt stattgefunden. Es bleibt somit das Gemeindezentrum des Teams Bürgermeister Franz Göd.

2. Selbstverständlich stehen wir weiterhin an der Seite der Bürger und halten an unserem klaren NEIN zu diesem Projekt fest. Denn was hat sich tatsächlich geändert?

Wir lehnen nach wie vor den aus unserer Sicht ungeeigneten Standort am Bahnhofsfelsen ab. Das überdimensionierte Vorhaben war von Beginn an mit zu vielen Problemen behaftet: fehlende Gegenfinanzierung, kein schlüssiges Nutzungskonzept, ein unzureichendes Verkehrskonzept, keine nachvollziehbare Betriebskostenberechnung und vieles mehr. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Auch eine verspätete Redimensionierung vermag diese grundlegenden Mängel nicht zu beseitigen.

3. Danke für diese Feststellung! Es wird ausdrücklich festgehalten, dass das Projekt laufend an geänderte Rahmenbedingungen angepasst wird. Genau das bestätigt unsere Kritik: Anpassungen sind notwendig, weil dieses Projekt für unsere Gemeinde von Anfang an nicht finanzierbar gewesen wäre.

Wären wir als FPÖ Sigmundsherberg diesem Vorhaben nicht mit Nachdruck entgegengetreten, stünde heute womöglich bereits die Hälfte des Gebäudes, ohne jede Möglichkeit einer Korrektur. Was wäre geschehen, nachdem sich die „Rahmenbedingungen“ bereits nach wenigen Monaten verändert haben?

Die Gemeinde stünde vor erheblichen finanziellen Belastungen, das Budget wäre auf Jahrzehnte hinaus belastet und der Weg in eine Sanierungsgemeinde vorgezeichnet, weil Änderungen kaum mehr möglich gewesen wären.

Verantwortungsvolle Politik bedeutet, für die gesamte Laufzeit eines Projekts zu planen, nicht nur für die nächsten sechs Monate.

Was sagen wir als FPÖ Sigmundsherberg seit dem ersten Tag unserer Gemeinderatskandidatur? Dieses Projekt ist zu groß, zu teuer und in dieser Form nicht umsetzbar.

Auszug aus der Aussendung des Bürgermeisters:

Vorausgegangen war die von SPÖ und FPÖ geforderte Volksbefragung, bei der sich die Bevölkerung für die Errichtung des neuen Gemeindezentrums ausgesprochen hat! Auf Grund dieses demokratischen Prozesses, der von allen Parteien zu akzeptieren ist, mussten die bisherigen Planungen an die neuen Rahmenbedingungen angepasst werden. Die damit verbundene Verzögerung von beinahe einem Jahr, machte diesen Schritt leider notwendig .

Die vorgenommenen Änderungen – Entfall der Tiefgarage, Reduktion der Wohnungen oder die Anpassung der Nutzung – dienen dazu, das Gemeindeprojekt wirtschaftlich und zukunftsfit weiterzuentwickeln. Die dadurch notwendige Neueinreichung ist ein normaler baurechtlicher Vorgang und kein Zeichen einer Fehlplanung!

Richtig. Wir halten uns an das Ergebnis der von uns initiierten Volksbefragung. Umso mehr stellt sich die Frage, weshalb der Bau des Gemeindezentrums bis heute nicht umgesetzt wurde.

Wurde dabei bewusst verschwiegen, dass sich die Gemeinde das damals präsentierte und zur Abstimmung gebrachte Projekt gar nicht leisten kann?

Der Bürgermeister hat bei mehreren Informationsveranstaltungen ausdrücklich erklärt, dass **sämtliche Baukosten auf Fixpreisen** beruhen und die ausführenden Unternehmen daran gebunden sind. Daher stellt sich für viele Bürger die berechtigte Frage, welche „geänderten Rahmenbedingungen“ nun tatsächlich eingetreten sein sollen.

Der Zinssatz ist unverändert, die Finanzierung wurde von der ÖVP bereits beschlossen, die Landesförderung steht fest und auch die Baukosten waren durch Preisbindungen fixiert. Was hat sich also innerhalb weniger Monate geändert? Aus unserer Sicht: nichts.

Das Projekt war von Anfang an zu groß und finanziell nicht tragbar. Anstatt dies einzugestehen, wird nun versucht, durch weitere Umplanungen ein Vorhaben aufrechtzuerhalten, das sich nicht bewährt hat. Um größeren Schaden von der Gemeinde abzuwenden, muss dieses Projekt eingestellt werden.

Jetzt braucht es klare Entscheidungen:

1. Verantwortung übernehmen und die Notbremse ziehen.

2. Die bisherigen Planungen beenden und neu ausrichten.

3. Einen geeigneten Standort auswählen.

4. Vorrangig ein funktionales und kostengünstiges Gemeindeamt mit den notwendigen Räumlichkeiten errichten.

5. Einen möglichst zentralen Standort mit guter Verkehrsanbindung und in der Nähe des Bauhofes wählen.

Auszug aus der Aussendung des Bürgermeisters:

Der andauernde untergriffige FPÖ-Vorwurf, das Grundstück der Familie des Bürgermeisters stehe im Mittelpunkt, entbehrt jeder sachlichen Grundlage. Persönliche Unterstellungen ersetzen keine seriöse politische Auseinandersetzung. Das Ziel war, ist und bleibt ausschließlich die Schaffung eines funktionalen Gemeindezentrums, das den Bedürfnissen unserer Bürgerinnen und Bürger langfristig gerecht wird.

Ebenso ist die Behauptung falsch, es werde ein Gebäude errichtet, ohne die Kosten zu kennen. Der Gemeinderat hat bei der Gemeinderatssitzung am 14. Juli den Beschluss für die weitere Planung gefasst. Detaillierte Kosten werden – wie bei jedem öffentlichen Bauprojekt – im Zuge der weiteren Planungs- und Ausschreibungsphasen konkretisiert. Genau dafür dienen diese Schritte. Seriöse Kostenermittlungen entstehen auf Basis einer abgeschlossenen Planung und nicht durch politische Zurufe!

1. Es handelt sich nicht um einen Vorwurf, sondern um eine Tatsache. Vielmehr stellt sich die Frage, weshalb ein persönliches Anliegen des Bürgermeisters als Aussendung der Marktgemeinde Sigmundsherberg veröffentlicht und mutmaßlich aus Steuermitteln finanziert wurde.

2. In diesem konkreten Projekt nimmt der Bürgermeister mehrere Rollen gleichzeitig ein:
- als Verkäufer des Grundstücks an die Wohnungsgenossenschaft
- als Vorstand jener Bank, die das Millionenprojekt finanziert
- sowie als Vertreter der Gemeinde beim Rückkauf des ehemals eigenen Grundstücks

Diese Konstellation wirft aus unserer Sicht erhebliche Fragen auf. Gerade im Sinne der vom Bürgermeister selbst immer wieder eingeforderten Transparenz muss zweifelsfrei sichergestellt werden, dass keine versteckten Vorteile oder unklare Abläufe entstehen. Transparenz muss für alle gleichermaßen gelten.

Der Bürger hat ein Recht darauf zu wissen, dass die Gemeinde für dieses Grundstück keinen höheren Preis bezahlt als für vergleichbares Bauland in Sigmundsherberg. Wenn alles ordnungsgemäß erfolgt, gibt es schließlich nichts zu verbergen.

In diesem Zusammenhang möchten wir nochmals darauf hinweisen: Würde die Gemeinde auf eigenem Grund bauen oder ein Grundstück zu nachvollziehbaren Standardkonditionen erwerben und selbst errichten, könnten hunderttausende Euro eingespart werden. Etwa durch den Wegfall doppelter Notariats- und Vertragserrichtungskosten, Eintragungsgebühren, Spekulationssteuer, zusätzlicher Gewinnaufschläge der WAV/Wohnungsgenossenschaft sowie durch volle Transparenz bei Grundstücks- und Baukosten.

3. Von einer seriösen Kostenermittlung kann aus unserer Sicht keine Rede sein. Bereits in der Gemeinderatssitzung vom 14.07.2026, (noch vor der Abstimmung) hat die FPÖ darauf hingewiesen, dass die aktuelle Kostenschätzung des Architekten eine Einsparung von 1,25 Millionen Euro durch den Entfall der Wohnungen ausweist.

Auch hier sei nochmals betont: Die Gemeinde errichtet gar keine Wohnungen. Wie kann durch deren Wegfall dennoch eine Einsparung von 1,25 Millionen Euro entstehen? Diese Frage konnte seitens der Gemeinde nicht beantwortet werden. Zudem wurde erklärt, dass die volle Förderung des Landes Nieder-

österreich trotz des reduzierten Projektumfangs unverändert bestehen bleibe.

Wir halten dies für nicht nachvollziehbar und fordern seit Monaten eine schriftliche Bestätigung. Dennoch beschloss die ÖVP im Gemeinderat im Alleingang die Fortsetzung der Kosteneinholung und Planung.

Gleichzeitig wird erwartet, dass wir als FPÖ oder die Fraktion der SPÖ diesem Projekt zustimmen.

Wir als FPÖ bleiben auf der Seite der Bürger und der Vernunft."

Auszug aus der Aussendung des Bürgermeisters:

PUNKT 2: Zum weiteren FPÖ-Vorwurf betreffend Nachzahlungsforderung der ÖBB für die Wasserversorgung möchte ich folgendes klarstellen:
Diese Gespräche fanden auf Verlangen der ÖBB mit Bürgermeister und Amtsleitung statt. Die angesprochene Nachzahlung ist keine willkürliche Ausgabe, sondern das Ergebnis einer rechtlichen Vertragsprüfung und sachlich notwendigen Klärung mit den ÖBB als Wasserlieferanten. Dabei steht die Sicherstellung einer verlässlichen Trinkwasserversorgung für unsere Bevölkerung im Mittelpunkt. Selbstverständlich wird in Folge der gesamte Gemeinderat in alle weiteren Entscheidungen eingebunden. Aus den insgesamt sehr vielen Gesprächsterminen des Bürgermeisters einen Vorwurf mangelnder Einbindung einzelner Mandatare abzuleiten, ist eine rein subjektive Wahrnehmung!

1. Diesen Vorwurf halten wir aufrecht. Seitens der FPÖ ist GGR Thomas Wanitschek Vorsitzender des Ausschusses 4 für Wasserversorgung und Wasserleitung. Ist eine Nachzahlung sowie ein künftiger Mehrbedarf von über 100.000 Euro für die Wasserversorgung relevant oder nicht?

Da bereits jetzt feststeht, dass keine ausreichenden Rücklagen vorhanden sind und die letzten frei verfügbaren Budgetmittel bereits für andere Vorhaben, etwa die Planungen des Gemeindezentrums oder das Leasing eines Kommunalfahrzeuges, vorgesehen wurden, bleibt letztlich nur der Bürger, der diese Mehrkosten tragen muss. Umso wichtiger ist eine umfassende Aufklärung darüber, wie es überhaupt zu dieser Situation kommen konnte.

2. Bis zur Gemeinderatssitzung waren weder die genaue Höhe der Nach- und Vorauszahlungen bekannt noch wurde der zuständige Ausschuss beziehungsweise dessen Vorsitzender über Gespräche, rechtliche Auskünfte oder bereits vereinbarte Zahlungen und Fristen informiert.

Wir halten daher ausdrücklich fest, dass wir auf eine mögliche Anpassung der Wassergebühren keinen Einfluss hatten und nun lediglich auf vollendete Tatsachen reagieren können, sofern wir überhaupt eingebunden werden.

3. Wir werden bei der ÖBB nachfragen, weshalb dieses Vorgehen gewählt wurde, warum der zuständige Ausschuss trotz einer Zahlung in sechsstelliger Höhe nicht einmal informiert wurde und wie nun weiter vorgegangen werden soll.

Darüber hinaus werden wir uns als Ausschuss nach der Sommerpause eingehend mit den Vertragsinhalten und der Vereinbarung mit der ÖBB befassen. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Gemeinde auf jahrelange Versäumnisse der ÖBB reagieren muss. Jedenfalls braucht es dazu eine Ausschusssitzung sowie eine umfassende Information der Gemeindebürger.

Auszug aus der Aussendung des Bürgermeisters:

PUNKT 3: Auch der von der Opposition eingebrachte Dringlichkeitsantrag auf Erstellung eines Nachtragsvoranschlags ist selbstverständlich ein legitimes Instrument und wurde in die Tagesordnung aufgenommen.

Dieser Budget-Nachtragsvoranschlag ist auf Grund von gesetzlichen Bestimmungen sowieso notwendig und wird auch zeitnah ausgearbeitet. Die Gemeinde erstellt ihre Budgetplanung in Zusammenarbeit mit dem Land Niederösterreich. Bevor dieser zur Auflage kommt, erfolgt eine umfassende Diskussion und Prüfung. Sollten Anpassungen erforderlich sein, werden diese transparent und nachvollziehbar im Gemeinderat behandelt. Transparenz war und bleibt für uns selbstverständlich.

Ich lade daher weiterhin alle Fraktionen ein, konstruktiv an Lösungen mitzuarbeiten. Kritik ist wichtig und gehört zur Demokratie. Sie sollte jedoch auf nachvollziehbaren Fakten beruhen und nicht auf Vermutungen oder politischen Schlagzeilen. Nur so können wir gemeinsam das Beste für unsere Gemeinde erreichen.

1. Eigentlich hätte es dieses Antrags gar nicht bedurft. Bereits in der Gemeinderatssitzung vom 14.04.2026 wurde aufgrund der Dringlichkeit der Ankauf beziehungsweise das Leasing eines Kommunalfahrzeuges beschlossen.

Gleichzeitig wurden weitere budgetrelevante Themen, darunter die Förderung für den Ankauf des Feuerwehrgebäudes, die Planungen zum Gemeindezentrum sowie Veränderungen im Personalbereich, behandelt. In diesem Zusammenhang wurde auch die Erstellung eines Nachtragsvoranschlages zugesagt. Bis heute liegt dieser jedoch nicht vor.

2. Solange ein Nachtragsvoranschlag fehlt, der einen vollständigen Überblick über die Gemeindefinanzen ermöglicht, ist es aus unserer Sicht unverantwortlich, die Neu- beziehungsweise Umplanung des Gemeindezentrums im Alleingang zu beschließen, ohne zu wissen, ob dies budgetär überhaupt noch tragbar ist. Bereits die Planungskosten bergen derzeit das Risiko, das Budget zu überlasten, noch bevor überhaupt mit dem Bau begonnen wurde.

3. Im Zuge unserer Recherchen mussten wir außerdem feststellen, dass auf der Homepage der Gemeinde sowohl der Voranschlag 2026 als auch der Rechnungsabschluss 2025 fehlen.

Gerade für Bürger, die sich um die finanzielle Entwicklung der Gemeinde und den verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeld sorgen, sind diese Unterlagen ein wesentliches Instrument der Kontrolle.

Um diesen Missstand zu beheben, haben wir bei der Bezirkshauptmannschaft Horn wegen einer Verletzung der Veröffentlichungspflichten gemäß §§ 73 Abs. 5 und 84 der NÖ Gemeindeordnung 1973 eine Aufsichtsbeschwerde eingebracht.

Ja, liebe Mitbürger! Wir als FPÖ Sigmundsherberg wissen, dass ein neues Gemeindeamt und entsprechende Räumlichkeiten notwendig sind, und wir stehen einer Umsetzung grundsätzlich positiv gegenüber.

Wir bleiben jedoch bei unserer klaren Haltung: **Nicht an diesem Standort** und nicht in diesem Umfang. Ein Projekt, das die Gemeindefinanzen in diesem Ausmaß gefährdet, darf nicht umgesetzt werden. **Neuer Standort, neuer Plan!**

Kinder- und Familienfest



An dieser Stelle möchten wir uns nochmals herzlich für die tatkräftige Unterstützung, den zahlreichen Besuch und die großartige Stimmung bei unserem ersten Kinder- und Familienfest am 19.07.2026 auf dem Sportplatz in Sigmundsherberg bedanken.

Obwohl kurz vor Beginn rund 40 mm Regen fielen und das Gelände unter Wasser stand, hatten wir großes Glück: Rechtzeitig zum Start trocknete der Platz ab und einem gelungenen Nachmittag mit vielen Kindern, Eltern und Besuchern stand nichts mehr im Wege.

Ob beim Toben in den Hüpfburgen, bei den zahlreichen Attraktionen der Family-City, beim Ringewerfen, Fußballspielen, Zuckerwatte und frischem Popcorn oder beim Open-Air-Kino auf der großen LED-Wand, überall waren strahlende Kinderaugen und beste Stimmung zu sehen.



Ein herzliches Dankeschön gilt auch unseren vielen engagierten Helfern und Unterstützern der FPÖ Sigmundsherberg. Ob in der Küche, an der Schank, bei den Spielstationen oder beim Auf- und Abbau – ohne euren Einsatz wäre diese Veranstaltung nicht möglich gewesen.

Danke! Wir freuen uns schon heute auf die nächste Ausgabe, gemeinsam mit euch, für unsere schöne Marktgemeinde.








DAHEIM IN
NIEDERÖSTERREICH
UDO LANDBAUER
LH-STELLVERTRETER
FPÖ